Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme der Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtpostämtern und den Zeitungsspeditionen Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Wochenblatt „UTAK“, die illustrirt. Montags-Ausgabe „Feldpostbrief“, die „Technische Rundschau“, das Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und die „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Rußland exkl. Postaufschlag; bei direkter Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.) — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 17. Berlin, Dienstag, den 10. Januar 1899. XXVIII. Jahrgang.

Das Blaubuch über Madagaskar.

(Von unserem Korrespondenten.)

ß **London**, 7. Januar.

Die Franzosen haben in der letzten Zeit alles Mögliche gethan, um mit den Engländern wieder auf guten Fuß zu kommen. Allerhand Vorschläge sind gemacht worden, um die leidige Frage der französischen Küste in Neufundland aus der Welt zu schaffen; man hat erklärt, die Fischerei an dieser Küste sei nicht mehr ertragreich, und es läge eigentlich kein Grund vor, den Engländern das Territorium zu überlassen, natürlich gegen Kompensation. Als solche nennt man — exeusez du peu — die Kanalinseln. Wie dem auch sein mag, immerhin ist man persönlich in Frankreich gestimmt und hat dies auch anderweitig, wie in Schanghai über die Settlementsfrage, gezeigt, wo Frankreich schließlich auf territoriale Spezialvortheile zu Gunsten der gesammten fremden Mächte verzichtet hat. Die englische Presse hatte dieses Verhalten in freundlichster Weise gewürdigt, und auf beiden Seiten des Kanales war der Ton ein merklich höflicherer geworden. Da fährt in diese Beruhigungsepoche plötzlich das englische Blaubuch über Madagaskar hinein und wirft alle Versuche, eine Verständigung zu erzielen, über den Haufen. Man kann sich der Vermuthung nicht verschließen, daß Lord Salisbury vorläufig eine Beruhigung der Gemüther in England für vorschnell hält, und man darf hieraus einen Schluß auf die noch vorhandene Gespanntheit der englisch-französischen Beziehungen ziehen, die amtlich danach durchaus noch nicht geklärt erscheinen. Würde es sich nur um die Abstellung von Mißbräuchen in Madagaskar gehandelt haben, so hätte man in aller Stille Verhandlungen zwischen dem Quai d'Orsay und Downing Street pflegen können, da aber Lord Salisbury das englische Publikum zum Vertrauten seiner Klagen über das Verhalten Frankreichs in Madagaskar und noch dazu hinsichtlich eines Punktes macht, in dem der englische Kaufmann überaus empfindlich ist, so hat die Veröffentlichung des Blaubuches entschieden einen ernsteren Hintergrund und bezweckt offenbar, das englische Volk auf der Höhe der Stimmung während des Faschoda-Konfliktes zu erhalten.

Die Verstimmung des englischen Foreign Office bezüglich des Vorgehens Frankreichs in Madagaskar ist begreiflich. Die französische Regierung proklamirte ursprünglich nur ein Protektorat über Madagaskar, wobei sie England die Versicherung gab, daß dieses in keiner Weise die Immunitäten und Rechte der britischen Unterthanen berühren würde. Auf diese Versicherung hin willigte die britische Regierung in das Protektorat. Dann kam der Krieg, und wiederum versicherte Frankreich Lord Salisbury, daß der einzige Zweck der Expedition der sei, das Protektorat zu befestigen, wobei abermals die Achtung aller britischen Rechte zugesichert wurde. Auch hiergegen hatte die englische Regierung nichts, als plötzlich Frankreich das Protektorat über den Haufen warf, die Insel annektirte und schlankweg erklärte, daß damit alle bisherigen Rechte Englands erloschen seien. Und in der That machte die Soldateska, welche Madagaskar regierte, kurzen Prozeß. Sie versuchte, den britischen Handel, wie das Blaubuch erzählt, auf alle mögliche Weise lahmzulegen, allerdings mit nur halbem Erfolg. So wurde ein Edikt erlassen, wonach die Küstenschifffahrt ausschließlich von französischen Booten zu besorgen sei. Das Edikt mußte bald genug wieder zurückgenommen werden, aber nicht etwa auf Lord Salisburys Protest, sondern einfach, weil Frankreich nicht über das nöthige Material zur Bewältigung der Küstenschifffahrt verfügte. Cirkulare wurden erlassen, worin den Eingeborenen verboten, wurde mit Nichtfranzosen zu handeln. Die Distriktsoffiziere hielten mit den Chefs der Eingeborenen Konferenzen ab, in denen sie ihnen alle Strafen des Himmels und der Erde androhten, wenn sie gegen dieses Verbot verstoßen würden. Auf die englische Baumwolle wurde ein Zoll von zehn Prozent mehr, als früher erhoben worden, gelegt, die britischen Kolonisten in Bezug auf Landbesitz ungünstiger gestellt als die Franzosen und große Barrièren gegen den Handel Madagaskars mit Indien errichtet.

Die energischen Proteste Lord Salisburys haben allerdings Versprechungen seitens des französischen Auswärtigen Amtes hervorgerufen, bei denen es aber bisher geblieben ist, und Lord Salisburys Geduld scheint erschöpft. Es ist weniger der materielle Verlust, den England erleidet, als der Aerger über den Mangel an „bona fides“, welcher hier die Summe der Entrüstung hervorrufen wird, deren Lord Salisbury benöthigt scheint, um mit Volldruck auf die Herstellung der alten Rechte Englands hinzuwirken. Man sieht, die Differenzen mit Frankreich sind für England noch nicht zu Ende. Wir haben an anderer Stelle auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche Frankreich hinsichtlich der Abschaffung der Kapitulationen im Sudan erheben dürfte. In Tunis sucht man, ähnlich wie in Madagaskar, den englischen Handel zu verdrängen. Alle diese Fragen und andere scheint England gesonnen, unter dem Eindruck seiner seit Faschoda unverminderten Machtentfaltung lösen zu wollen, und es wird vieler Nachgiebigkeit seitens Frankreichs bedürfen, wenn diese Dinge ohne besonderen „Eclat“ geordnet werden können. Wir hoffen, daß England nicht, von dem Faschoda-Erfolg berauscht, den Bogen allzu straff anziehen und dem in der letzten Woche zum Ausdruck gelangten guten Willen Frankreichs gebührende Rechnung tragen wird.

---

* Der **Reichstag** nimmt heute seine Sitzungen wieder auf und zwar mit der Besprechung der **Fleischnothinterpellation** des Herrn **v. Wangenheim**, welche, wie hier wiederholt sei, lautet:

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft über die Ergebnisse der Enqueten zu ertheilen, die in verschiedenen Bundesstaaten über die angebliche Fleischnoth stattgefunden haben?

Wie man von verschiedenen Seiten mittheilt, wird Graf Posadowsky die Anfrage in „entgegenkommendem“, das heißt dem Bunde der Landwirthe willkommenem Sinne beantworten. Das durch die angestellte Enquete gewonnene Material mache den Eindruck, daß eine wirkliche Fleischnoth nicht beobachtet worden sei. Die Fleischversorgung dürfe vielmehr als völlig gesichert angesehen werden trotz der erhöhten Preise und der verringerten Einfuhr von lebendem Vieh. Eine weitere Oeffnung der deutschen Grenzen zu Gunsten lebenden Viehes würde im Sinne dieser Ergebnisse nicht zu empfehlen sein. Wenn die Antwort des Grafen Posadowsky wirklich so lauten und namentlich diese Schlußfolgerungen ziehen sollte, dann würde direkt zugestanden werden, daß die Schließung der Grenzen nicht aus hygienischen Gründen, sondern darum aufrecht erhalten wird, um die Viehpreise auf einer unnatürlichen Höhe zu halten. Diese Viehseuchenpolitik des deutschen Reiches erfährt indessen eine interessante Beleuchtung in einem längeren Aufsatz, welcher soeben in der „Weimarischen Zeitung“, bekanntlich das Organ der Regierung des Großherzogthums Sachsen-Weimar-Eisenach, erschienen ist. Der Artikel weist nach, daß die in offiziösen Auslassungen hervorgetretene Befürchtung, es drohe die Gefahr einer Verbreitung von Viehseuchen durch den Import aus den Nachbarländern, wenigstens für die Einfuhr aus Rußland nicht begründet sei. Aus den auch in den „Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes“ abgedruckten Nachrichten über die Viehseuchen in Rußland ergiebt sich, daß Rinderpest seit ungefähr vier Jahren in keiner der sechzig Provinzen des europäischen Rußlands mehr vorkommt, und „so kann das Vieh im europäischen Rußland und nördlichen Kaukasus zur Zeit nicht als gefährlich vom Standpunkte der Rinderpest aus angesehen werden.“ Auf Grund eines umfangreichen Zahlenmaterials — auf dessen Wiedergabe wir hier verzichten müssen — wird nachgewiesen, daß die Maul- und Klauenseuche in Deutschland sehr viel mehr verbreitet ist als in Rußland, und daß der verhältnißmäßig gute Gesundheitszustand in den vier direkt an Rußland angrenzenden preußischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien die unmittelbare Folge der geringen Gefahr ist, welche die Grenzländer des europäischen Rußlands für das deutsche Reich bieten. Die außerordentlich sorgfältigen veterinärpolizeilichen Maßnahmen der russischen Regierung hätten zudem das Ergebniß gehabt, daß seit Januar 1897 keine kranken oder verdächtigen Schweine unter den Sendungen aus Rußland vorgekommen sind, welche nach den vier preußischen, für den Export offen gelassenen Schlachthöfen bestimmt waren. Seit Beginn des Jahres 1898 sind unter den in Sosnowice angekommenen Schweinen keine Krankheiten vorgekommen. So weit die Darlegung in dem Blatte der weimarischen Regierung, das gewiß als eine unverdächtige Quelle anzusehen ist. Bei der darin geschilderten Sachlage sollte die Reichsregierung die Grenzthore, wenn nicht ganz, so doch etwas weiter öffnen, und zwar sowohl im Interesse der deutschen Konsumenten, wie in dem der deutschen Viehproduktion. Was die letztere betrifft, so theilt in der „Zeitschrift für Sozialpolitik“ Dr. E. Hirschberg Material zur Beurtheilung der Frage mit, ob im deutschen Reich genügend Vieh für die Ernährung der Bevölkerung produzirt wird, oder ob und inwieweit die Einfuhr vom Auslande mit herangezogen werden muß. Hirschberg vergleicht die sich aus den Viehzählungen von 1892 und 1897 für die einzelnen Viehsorten ergebenden Differenzen mit den aus den Aus- und Einfuhrzahlen sich ergebenden Unterschieden. Dabei kommt er zu folgender Tabelle:

Viehsorten	Zunahme (+) bezw. Abnahme (−) zwischen 1. Dezember 1892 und 1897	Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr (+), bezw. der Ausfuhr über die Einfuhr (−)	Zurückbleiben der Aufzucht hinter den Schlachtungen (−), Ueberschuß der Aufzucht über die Schlachtungen (+)
Rindvieh .	+ 935,078	+ 182,293	− 247,125
Schafe . .	− 2,722,840	− 1,545,185	− 1,177,655
Schweine .	+ 2,100,269	+ 1,993,018	+ 107,251
Pferde . .	+ 202,229	+ 433,831	− 231,602

Die Aufzucht übersteigt hiernach nur bei Schweinen und auch hier nur in geringem Maße den Verbrauch, sonst steht sie bei Rindvieh und Pferden etwas, bei Schafen bedeutend hinter dem Verbrauch zurück. Dabei wird berechnet, daß jährlich etwa 12 Millionen Rinder, 15 Millionen Schweine und 7 Millionen Schafe geschlachtet werden, gegen einen Bestand von 18, 14 und 11 Millionen zu Ende 1897. Hirschberg schließt hieraus, daß bei allen Viehsorten der Konsum auf das Ausland angewiesen ist, auch bei Schweinen, weil hier der Aufzuchtsüberschuß doch zu gering ist im Vergleich mit dem Anwachsen der Bevölkerung, auch dezimire der starke Konsum zu schnell den vorhandenen Viehstand.

---

* Wir haben, wie unsere Leser wissen, einen **„Spezialberichterstatter“** in das **nordschleswigsche Ausweisungsgebiet** des Herrn Oberpräsidenten v. Köller entsandt und ihm die strikte Weisung mit auf den Weg gegeben, mit der größten Unbefangenheit über die Stimmung zu berichten, welche die Ausweisungsmaßregeln in allen Kreisen der dortigen Bevölkerung hervorgerufen haben. Diese ihm gestellte Aufgabe hat unser Berichterstatter so gut als möglich zu lösen gewußt. Und welchen Eindruck macht dieses loyale Vorgehen eines objektiv beobachtenden und ebenso berichtenden Tagesschriftstellers auf gewisse Gemüther in der konservativen Presse? Sie sind förmlich starr vor Erstaunen über einen derartig hohen Grad von Sachlichkeit in der Wiedergabe des Gesehenen und des Gehörten. Mit einer gar nicht einmal verhehlten Schadenfreude stellt die „Nordd. Allg. Ztg.“ fest, daß das „Berl. Tageblatt“ „den Schmerz erlebt, daß der Berichterstatter einen Bericht einschickt, welcher sich durchaus für die Ausweisungen ausspricht“. Das freiwillig gouvernementale Blatt kann sich vollkommen darüber beruhigen. Wir empfinden nicht den allermindesten Schmerz über den uns zugesandten Bericht. Haben wir doch unserem Berichterstatter den Auftrag ertheilt, nach keiner Richtung hin Schönfärberei zu treiben und irgend etwas zu verschweigen. Unser Berichterstatter sollte eben von allen Seiten her Erkundigungen einziehen und auf Grund derselben seine Aufsätze abfassen. Es ist wirklich ungemein kennzeichnend für unsere konservativen, offiziösen und halboffiziösen Tagesblätter, daß sie sich von einer derartigen journalistischen Unbefangenheit, wie sie unser Berichterstatter nach unserer Weisung übt, nicht einmal eine Vorstellung zu machen vermögen. Uebrigens hätte die „Nordd. Allg. Ztg.“ und die in ihrem Kielwasser schwimmende Presse im Namen der journalistischen Ehrlichkeit auch von den beiden nachfolgenden Artikeln Kenntniß nehmen sollen. Aber freilich, dann hätten diese Braven den für sie unglaublich empfindlicheren Schmerz erleben müssen, die Kollerschen Ausweisungen in einem ganz anderen Lichte beurtheilt zu sehen. Wenn es aber jenen konservativen Blättern um die Erörterung der Wahrheit zu thun war, weshalb wagten sie denn nicht auch einmal die Kosten an die Entsendung eines Spezialberichterstatters? U. A. w. g.

---

* Aus der **Unterhaltung des Kaisers** mit dem **Reichstagspräsidium** beim Empfang des letzteren werden erst jetzt bemerkenswerthe Einzelheiten bekannt. In den Elberfelder „Neuesten Nachrichten“, die als freisinniges Organ Richterscher Observanz dem Abgeordneten Reinhart Schmidt nahestehen sollen, erscheint ein längerer Bericht über jene Audienz, in dem es heißt:

„Der Kaiser hat sich, wie bekannt, über die Militärvorlage geäußert. Er wies auf Rußland hin und bemerkte bei Erwähnung der dortigen Heeresreformen, in wie ungleich günstigerer Situation sich doch der Zar ihm gegenüber befinde. Der Zar befehle einfach, und dann würde ohne Weiteres ausgeführt, was er im Interesse seines Landes für nöthig und nothwendig erachte; er aber könne das nicht, er müsse erst den Reichstag fragen, ob er auch ausführen dürfe, was er für Deutschlands Größe und Machtstellung für erforderlich halte. Da hätte der freisinnige zweite Vizepräsident, Herr Reinhart Schmidt, bemerkt, daß in Bezug auf die Opferbereitschaft für Heereszwecke die nationale Gesinnung bei allen Parteien des Reichstags die gleiche sei, keine Partei könne einen besonderen Vorzug hinsichtlich des monarchischen Bewußtseins und ihrer dynastischen Anhänglichkeit in Anspruch nehmen, aber er erachte es für die Pflicht des Parlaments, gewissenhaft zu prüfen, ob das Volk die geforderten Lasten auch tragen kann.“

Es ist, wenn sich das wirklich so zugetragen haben sollte, erfreulich, daß in diesem Falle von autoritativer Seite dem Monarchen reiner Wein darüber eingeschänkt worden ist, was es mit dem Phrasengeklingel der konservativen Generalpächter der „nationalen Gesinnung und des Patriotismus“ auf sich hat. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Herren Graf Ballestrem und v. Frege, wie das genannte Blatt hinzufügt, „sehr verdutzt“ dareinsahen, als sie diese Aeußerung vernahmen, auf die der Kaiser, der einigermaßen verwundert schien, nichts erwiederte. Der Kaiser, so heißt es weiter, habe sich auch über die Beziehungen zwischen Frankreich und England einerseits und Rußland andererseits verbreitet:

Vorher hatte er bemerkt, daß die Truppenanhäufungen Rußlands an der deutsch-russischen Grenze ohne jede politische Bedeutung und lediglich die Konsequenz des Bemühens des russischen Finanzministers Witte seien, den Schmuggel auszurotten. Dann sagte der Kaiser über das Verhältniß jener drei Nationen zu einander, der Faschodakonflikt sei von England deshalb so zugespitzt worden, weil es einen Fehler habe ausstreichen wollen, wie weit es Frankreich gegenüber gehen könne, ohne Rußland zu provoziren. Dieser Versuch scheine ja zur Befriedigung Englands ausgefallen zu sein. Gerade durch den Faschodakonflikt sei festgestellt worden, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland lange nicht so innig seien, wie die übrige Welt längere Zeit geneigt gewesen sei, anzunehmen. Durch etwaige Konflikte, die zwischen England und Frankreich zum Austrag kämen, brauchten wir uns in unserer Ruhe nicht stören zu lassen. Wir könnten recht gut den unbetheiligten dritten Zu-